

i
info

Kultur ■ Bildung ■ Medien

Der Bereich Bildung, Kultur und Medien ist in den vergangenen Jahren in der Europäischen Union eher stiefmütterlich behandelt worden. Dabei haben sich gerade mit Digitalisierung, neuen Technologien in der Informationsverarbeitung oder Künstlicher Intelligenz Entwicklungen vollzogen, die unmittelbaren Einfluss auf diese Themenfelder haben. Nicht zuletzt können gerade diese drei Schwerpunkte einen erheblichen Beitrag zur europäischen Integration leisten. Wo aber liegen die Chancen? Und wo hakt es?

April 2021



Inhalt

Besser jetzt als nie:

Digitale Bildung in Europa

Während viele Mitgliedstaaten die Entwicklungen verschlafen haben, hat sich das Europäische Parlament mit dem Thema beschäftigt.

3

Eine verfahrenre Debatte

Neues vom Urheberrecht: „Geheimverhandlungen“ zwischen Abgeordneten und der Kommission.

5

Chronische Unterfinanzierung

Wie sieht es mit den Europäischen Kultur-, Bildungs- und Freiwilligenprogrammen 2021-2027 aus

7

In welchem Europa wollen

wir leben? Kunst und Kultur können einen großen Beitrag für die europäische Idee leisten.

9

Folgeschwere Ignoranz

EU-Strategien zur Künstlichen Intelligenz klammern bisher Bildung, Kultur und Medien aus.

11

„Das ‚Feindbild Journalist‘ ist zur ideologischen Klammer geworden“

Lutz Kinkel über den Zustand der Pressefreiheit in der EU und Deutschland

13

Neue Angriffe auf die

Pressefreiheit In Frankreich wollen regierungsnahen Abgeordnete mit einem Gesetz Journalisten der Willkür aussetzen.

15

Impressum

Info: Europa | Kultur ■ Bildung ■ Medien

wird herausgegeben von der Fraktion THE LEFT im Europäischen Parlament, ASP 02G354, Rue Wiertz 60, B-1047 Brüssel (Büro Martina Michels)

Herstellung common verlagsgenossenschaft e.G., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, kontakt@common.berlin

Redaktion Konstanze Kriese, Martina Michels, Uwe H. Sattler (V.i.S.d.P.)

Layout Michael Pickardt

Titelfoto Prashant Sharma/Pixabay

Druck BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin



Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Corona hat überdeutlich gezeigt, welch großen Nachholbedarf Europa bei der Digitalisierung, insbesondere im Bildungsbereich, hat. Dabei sind die Probleme keinesfalls erst mit dem Covid-Virus aufgetreten. Wohl aber hat die Pandemie die Versäumnisse der EU für alle sichtbar ans Tageslicht gebracht. Über Jahre wurden notwendige Schritte und Maßnahmen verschleppt, nicht nur bei der Bildung, sondern auch bei Einsatz und Regulierung der Künstlichen Intelligenz, bei der Kultur, im Bereich der Medien oder Urheberrechte. Dabei hat nicht nur das Europäische Parlament immer wieder gefordert, hier aktiv zu werden.

Die Europäische Union hat viele Baustellen. Nicht wenige – dabei aber besonders große – liegen auf den Gebieten Bildung, Kultur und Medien. So ist es umso unverständlicher, dass praktisch alle Europäischen Kultur-, Bildungs- und Freiwilligenprogramme chronisch unterfinanziert sind – und die Kürzungen im gesamten Haushalt 2021–2027 hier nur zu minimalen Budgeterhöhungen führten, die das Grundproblem nicht lösen. Die Debatte um die unsäglichen Uploadfilter ist ebenso wenig vom Tisch wie die Frage nach einer gerechten Entlohnung der Kreativen. Und dass die EU-Strategien zur Künstliche Intelligenz bisher Bildung, Kultur und Medien ausklammern, dürfte sich nicht in ferner Zukunft, sondern schon sehr bald rächen.

Nicht weniger gravierend ist die Untätigkeit der EU bei den Einschränkungen für die Presse und bei den offensichtlichen Tendenzen in einigen Staaten, eine pluralistische Medienvielfalt zu zerstören. Es ist eben nicht nur ein türkischer Staatschef Erdoğan, dem die Freiheit der Information und Meinung ein Dorn im Auge ist. Wir sehen seit Jahren in Ungarn, und in letzter Zeit auch verstärkt in Staaten wie Polen, Tschechien und der Slowakei, dass Regierungen auf der Welle des Autoritarismus reiten. Da stört eine freie Presse natürlich – und bislang unsanktioniert können Orbán & Co. die Medienlandschaft zu eigenen Propagandainstrumenten umbauen.

Es ist Zeit für eine Bestandsaufnahme im Bereich Bildung, Kultur und Medien. Die natürlich in Veränderungen münden muss.

Martina Michels

Uwe Sattler



Foto: Aleksandra Nigmatulina/Shutterstock

Besser jetzt als nie: Digitale Bildung in Europa

Während viele Mitgliedstaaten die Entwicklungen verschlafen haben, hat sich das Europäische Parlament nicht erst seit Corona mit dem Thema beschäftigt.

Von **Martina Michels** und **Konstanze Kriese**

Digitale Bildung ist nicht nur ein wichtiges, sondern auch ein europäisches Zukunftsthema. Das wurde spätestens mit der Coronakrise klar. Im Februar 2021 hatte der Kulturausschuss des Europaparlaments über die Gestaltung der Politik im Bereich Digitale Bildung abgestimmt. Es ist nicht der erste Bericht dazu, der vom Europäischen Parlament angestoßen wurde. Schon 2018 gab es umfassende Empfehlungen des Parlaments, die gemeinsam mit Lehrkräften entwickelt wurden und besonders auf deren Qualifizierungsbedarf aufmerksam machten.

Jetzt, in Zeiten der Corona-Pandemie, wurden die Schwerpunkte der Bildungspolitik in Europa neu und viel umfassender gesetzt, um das Bündel an Problemen einer kaum zu bewältigenden digitalen Bildung anzugehen. Für viele Lehrer*innen, Eltern, Schüler*innen, Student*innen und Beschäftigte in Weiterbildungen dürfte dies mittlerweile viel einleuchtender geworden sein, da viele Mitgliedstaaten die Entwicklungen schlichtweg verschlafen haben. Die EU selbst kann in der Debatte um die aufgestauten Probleme in den Mitgliedstaaten bisher nur politische Impulse setzen, Öffentlichkeit schaffen und Modellprojekte fördern.

*Medienkompetenz,
die längst eine
Internetkompetenz
sein muss, ist die
Grundvoraussetzung,
um tatsächliche
Gefahren digitaler
Kommunikation
– nicht nur im privaten
Gebrauch – zu
erkennen.*

Digitaler „Gender-Gap“

Für die Linksfraction arbeitete Martina Michels mit am neuen Bericht des jungen Sozialdemokraten Victor Negrescu aus Rumänien, der u. a. auf Erfahrungen verweisen musste, dass während der ersten Phase der Corona-Pandemie viele rumänische Kinder über Wochen völlig von schulischer Bildung abgeschnitten waren. Im Bericht werden viele Forderungen zusammengetragen, von denen man sich auf der Stelle wünscht, dass die Mitgliedstaaten sofort handeln und sich schnellstens an die Umsetzung machen würden. Auch der Beschäftigungsausschuss des Europaparlaments brachte seine Sichtweise ein, denn es wird in der digitalen Bildung bitter notwendig, dass Bildungsinstitutionen dauerhaft IT-Fachkräfte, Datenschützer*innen und Lernplattform-Entwickler*innen in ihrem Bildungsalltag beschäftigen. Denn auch der digitale „Gender-Gap“ wird schon an Schulen verfestigt und zieht sich dann bis in die Berufswahl und den beruflichen Alltag weiter. Wenn allerdings kaum Frauen programmieren, Netzwerke betreuen und Mitentwickler*innen einer gerechten Digitalisierung – auch im schulischen Bildungsbereich – sind, haben wir am Ende weniger diskriminierungsfreie Programme. Denn manche Programme benachteiligen leider nach wie vor Frauen oder „People of Color“, ob in Verwaltungen oder bei Gesundheitsdaten. Die Vertreterin der Linksfraction legte besonderen Wert auf diesen Aspekt: Bildungs- und IT-Expert*innen müssen dauerhaft zusammenarbeiten, Schulnetzwerke dürfen nicht „mal so nebenbei“ von Pädagog*innen am Laufen gehalten werden.

Der Bericht des Europaparlaments wartet mit einem breiten Bildungsbegriff auf und orientiert sich nicht blind an Bedürfnissen der Wirtschaft oder der typischen Binnenmarktfixierung der EU. Er erfasst infrastrukturelle Fragestellungen und geht dabei so weit, zu fordern, „...dass Breitband (als) öffentliches Gut betrachtet und seine Infrastruktur angemessen finanziert werden sollte, um sicherzustellen, dass es allgemein zugänglich und erschwinglich ist, um die digitale Kluft zu überwinden“.

Erstaunlicherweise haben derartige Forderungen auch die Annahme des Berichtes im Plenum des Europaparlaments im März 2021 überstanden. Selbst konservative und liberale Kulturpolitiker*innen tragen das also mehrheitlich mit. Der Bericht kritisiert, dass zehn Prozent aller Haushalte in ländlichen Gebieten europaweit nicht über Breitband verfügen und insgesamt 41 Prozent aller potentiellen Internetnutzer*innen aus sozialen Gründen nicht auf moderne Kommunikations-, Lern- und Arbeitsmöglichkeiten zurückgreifen können. Das bringt dauerhaft für viele Menschen Nachteile in der beruflichen und gesellschaftlichen Integration mit sich. Noch erschütternder ist, „...dass 42 Prozent der Europäer noch nicht einmal über grundlegende digitale Fähigkeiten verfügen, mit erheblichen Unterschieden innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten und basierend auf dem sozioökonomischen Status, dem Alter, dem Geschlecht, dem Einkommen, dem Bildungsniveau und der Beschäftigung“. Auch zwischen den Generationen machen sich große Unterschiede bemerkbar, weil „...nur 35 Prozent der 55- bis 74-Jährigen über grundlegende digitale Fähigkeiten

verfügen, verglichen mit 82 Prozent der 16- bis 24-Jährigen, wodurch ältere Menschen anfälliger für digitale Ausgrenzung werden.“

Wenn dies auch nur ein Teilaspekt des Berichtes ist, so ist er alles andere als naiv, wenn es um den Einsatz von Künstlicher Intelligenz und Robotik im Bildungsbereich geht. Der Kulturausschuss verfolgt einen Rechte-basierten Ansatz, so dass Datenschutz und geschützte Lern-Umgebungen die Grundprinzipien für die politische Gestaltung digitaler Bildung sein sollen, genau wie die Transparenz und das Wissen um die Funktionsprinzipien der eingesetzten Tools. Medienkompetenz, die längst eine Internetkompetenz sein muss, ist die Grundvoraussetzung, um tatsächliche Gefahren digitaler Kommunikation – nicht nur im privaten Gebrauch – zu erkennen.

Soziale Schieflagen

Die Pandemie hat, wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen auch, den eklatanten Nachholbedarf und die sozialen Schieflagen in der (digitalen) Bildung nochmals verstärkt ins Bewusstsein gerückt. Dramatischerweise mussten viele ganz hautnah ausbaden, was die Politik in den letzten Jahren versäumt hat. Vor allem Eltern waren und sind in der fatalen Lage, Home-Office und Home-Schooling verbinden zu müssen, egal wie daheim das Netz, die Kompetenzen der Lehrer*innen und der Eltern aktuell sind. Deshalb greift der Bericht auch einen Aspekt auf, der in den Mitgliedstaaten noch bis Juni 2021 in Recht und Gesetz umgesetzt werden muss.

Die Bildungsausnahmen vom Urheberrecht für digitales und länderübergreifendes Lernen werden gerade in den einzelnen Mitgliedstaaten ausformuliert und entscheiden somit über den gleichberechtigten Bildungszugang aller. Home-Schooling als derzeit erlebte Notsituation kommt im dort gesetzlich skizzierten Raum der Bildungseinrichtungen bisher eigentlich gar nicht vor. Die nationalen Gesetzgeber*innen, die Parlamente, sollten die Ausnahmen für Schullizenzen auch im Softwarebereich gleich so schaffen, dass nicht Lehrer*innen, Eltern und Lernende mit dieser Aufgabe komplett allein gelassen werden und rein rechtlich auch noch in einer Grauzone agieren, wenn Schullizenzen, Teamssoftware, Kopien, Arbeitsmaterialien usw. in anderen Lernräumen genutzt werden (müssen).

Der Bericht hält außerdem fest, dass digitale Bildung nicht andere analoge Lernformen ersetzt. Er ist ein lesenswerter Problemaufriss mit vielen Lösungsvorschlägen, die bei der politischen Gestaltung digitaler Bildung in den Mitgliedstaaten beachtet werden sollten. Dafür ist allerdings noch vieles zu tun, beginnend mit der medialen Aufmerksamkeit für den im März im Europäischen Parlament angenommenen Bericht.

Martina Michels ist Leiterin der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament sowie Sprecherin für Digitalisierung, Kultur-, Medien-, Bildungs- und Regionalpolitik.

Konstanze Kriese ist Fachreferentin im Büro von Martina Michels für Digitalisierung, Kultur, Medien und Bildung.

Eine verfahrenere Debatte

Neues vom Urheberrecht: „Geheimverhandlungen“ zwischen Abgeordneten und der Kommission.
Von **Konstanze Kriese**

2019 wurde die EU-Urheberrechtsrichtlinie verabschiedet, seither haben die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit zur Umsetzung. Noch 2019 gab es europaweite Proteste auf den Straßen und Versprechungen der Bundesregierung, die verbindliche Uploadfilter-Regelung zur Erkennung von Urheberrechtsverstößen (Artikel 17) nicht umzusetzen. Auf gültige Leitlinien der Umsetzung, die die Kommission nach der Verabschiedung liefern wollte (und muss), warten die Mitgliedstaaten noch immer. Die Entwürfe der Kommission ernteten immer wieder Kritik von Nichtregierungsorganisationen, Bibliotheksverbänden u. a. Inzwischen fanden regelrecht geheime Treffen zwischen einigen

Abgeordneten und der Kommission statt, die die offenen Stakeholder-Dialoge (Dialoge mit Interessen- und Anspruchsgruppen), die in der Richtlinie vereinbart wurden, eigentlich konterkarieren. Überdies wird die aktuelle Debatte auch durch erste Anhörungen am Europäischen Gerichtshof bestimmt, denn Polen hatte gegen den Artikel 17 geklagt.

Konflikt um Uploadfilter

Die Verzweiflung aller Kontrahenten in diesem schwer zu entwirrenden Tauziehen hat Paul Keller von Communia schon im Dezember 2020 zusammengefasst. Dies ist nachlesbar auf ei-



Abb.: youtube

Die „FAZ“ wird sich wieder an die Spitze der Rechteinhaber stellen und uns wöchentlich den Untergang des Abendlandes verkünden, wenn die Uploadfilter nicht gesetzlich über einen Teil unserer freien Internetkommunikation gestülpt werden.

nem Blog zur Umsetzung der Richtlinie, den Martina Michels aus der Delegation DIE LINKE im Europäischen Parlament wegen der Corona-Situation gemeinsam mit dem Büro von Petra Sitte aus dem Bundestag trägt (<https://eu-copyright-implementation.info>), da regelmäßige Treffen zum Fortschritt der Umsetzung derzeit unmöglich sind. Paul Keller musste in seiner Einschätzung der verfahrenen Debatte sogar festhalten, dass sich nicht einmal die Befürworter des Artikels 17 einig sind, die verbindliche Uploadfilter fordern, wie diese Regelungen umgesetzt werden sollen.

Doch es gibt eigentlich viel mehr zu erörtern, als die schier unlösbaren Probleme des schon im Ansatz verlogenen Artikels 17 (Verpflichtende Uploadfilter zur Erkennung von Urheberrechtsverletzungen), bei dem die Bundesregierung gerade die Quadratur des Kreises vollziehen wollte, dann aber alle guten Ansätze wieder weitgehend stutzte. Dringlicher wäre es vor der Umsetzung der Richtlinie, laut und öffentlich über alle Ausnahmen vom Urheberrecht zu diskutieren, damit der Zugang zu Bildung, Wissen, Kultur, eine selbstverständliche Internetkommunikation und Meinungsfreiheit im Netz, Parodien und Zitate inklusive, für alle weiterhin ermöglicht werden. Bisher wird die ganze Urheberrechtsdebatte eher von den großen Plattformen und ihren Kontrahenten, den aus dem 19. Jahrhundert stammenden Verlagen, der Musikindustrie, den Presseverlegern und den Verwertungsgesellschaften mit vielen irreführenden Argumenten in Schach gehalten, behindert und medial ausgeschlachtet. Dagegen kommen Bibliotheksvertreter, Museen, Hochschulen oder öffentlich zugängliche (digitale) Archive viel zu selten zu Wort.

Nutzerfreundliche Lösungen gesucht

Nutzerfreundliche Lösungen, die Akzeptanz eines Creative Commons (Gemeinfreiheit)-Anteils im Internet, der übrigens mit dieser Richtlinie erstmalig – in Artikel 14 für Bildwerke – anerkannt wurde, dafür haben wir uns immer mit Julia Reda (damals Piraten), Tiemo Wölken (SPD), Martin Sonneborn (Die Partei) u. a. eingesetzt. Sogar im Koalitionsvertrag der Bundesregierung hatte sich diese tendenziell gegen Artikel 17 ausgesprochen. Die Nutzer*innen-Perspektive einzunehmen war und ist nämlich keine Politik für Gratis-Download-Mentalitäten oder weil wir als Linke etwa Google, Facebook und YouTube so toll finden, wie uns oft genug von Springer oder der GEMA auf ihren Lobbyisten-Treffen unterstellt wurde. Denn aus der Nutzungsperspektive für ein modernes Urheberrecht zu streiten, gilt vor allem auch der Arbeit moderner Bibliotheken, Hochschulen, Archive, Museen, Schulen, Mediatheken, den Projekten wie der Europeana und damit uns allen.



Foto: Sascha Steinach, picture alliance / ZB

Kreative besser entlohnen

Doch wie werden Kreative besser entlohnt? Bezahlmodelle für Kreative müssen wirklich anders entwickelt werden als über Uploadfilter. Das würde jedoch auch mehr Transparenz auf Seiten der Rechteinhaber gegenüber den Urhebern verlangen, die eigentlich erst in den Artikeln 18 bis 20 der Richtlinie verhandelt werden. Doch da wurde, um die Verhandlungsposition der Kreativen zu stärken, wieder

vielen den Ländern in der Ausgestaltung mit „kann“ und „sollte“ überlassen, obwohl es der ursprüngliche Ansatz der Richtlinie war, ein modernes Urheberrecht – und damit auch die Beziehungen zwischen den eigentlichen Urhebern und den Rechteinhabern – europäisch zu harmonisieren.

Herausgekommen ist unterm Strich eher eine politische Vereinnahmung vieler Kreativer in einem erbitterteren Machtkampf um Werbeeinnahmen und Marktanteile. Die Richtlinie ist teilweise ein Stückwerk, das in einigen Teilen so zukunftsweisend ist wie eine Plastetüte.

Wir gehen davon aus, dass dieser Machtkampf bis Juni 2021 noch schriller wird. Die „FAZ“ wird sich wieder an die Spitze der Rechteinhaber (einem Teil der Presseverleger, der europäischen Filmindustrie sowie GEMA & Co) stellen und uns wöchentlich den Untergang des Abendlandes verkünden, wenn die Uploadfilter nicht, wie von ihnen gedacht, gesetzlich über einen Teil unserer freien Internetkommunikation gestülpt werden. Die Regelung mit verbindlichen Uploadfiltern, egal wie sie im Gesetzestext genannt oder umschrieben werden, ist übrigens auch für kleine Plattformen ein Problem. Diese können sich die teuren Filtertechnologien, wie sie z. B. YouTube entwickelt hat, nicht leisten und müssen dann über Lizenzen auf die Technologie zurückgreifen, wenn es für sie keine Ausnahmen von dieser Art „Urheberrechtsschutz“ gibt.

Als 2019 gegen die Uploadfilter auf vielen Straßen demonstriert wurde, war gerade Europawahlkampf. Nun stehen wir vor einem Bundestagswahlkampf. Mit Abstand und Masken ist das doch alles auch heute möglich. Wir können davon ausgehen, dass demnächst wieder laut und deutlich nach mehr und besserer und ganz besonders digital gestützter Bildung gerufen wird. Doch wenn es konkret wird, dürfte rein rechtlich eine Lehrerin nicht einmal unkompliziert eine Aufgabe aus einem Buch kopieren bzw. scannen und in die Klasse in den heimischen Wohnzimmern verbreiten. Da könnte locker z. B. Cornelsen an die Tür klopfen und sagen: So nicht! Denn Ausnahmen vom Urheberrecht gelten auch in der neuen Richtlinie im schulischen Bereich nur in „schulischen Räumen“. An so etwas wie Home-Schooling war beim Verabschieden der Richtlinie noch nicht zu denken. All so etwas sollte bei der Umsetzung jetzt gleich mit geklärt werden.



Studenten in Barcelona, Foto: Miguel Zagran/Shutterstock

Chronische Unterfinanzierung

Aus den Nähkästchen: Wie sieht es mit den Europäischen Kultur-, Bildungs- und Freiwilligenprogrammen 2021–2027 aus? Von **Martina Michels**

Vor über einem Jahr, am 12. Februar 2020, lud der Kulturausschuss des Europäischen Parlaments zu einer Pressekonferenz während der letzten Plenarsitzung, die noch im beschaulichen Straßburg stattfand, ein. Es sollte um den Stand der Dinge zu den Programmen Erasmus+, Creative Europe und dem Europäischen Freiwilligen Programm mit dem etwas militanten Namen European Solidarity Corps gehen und um den neuen Förderzeitraum 2021–2027. Alle Programme waren, auch wegen des Brexit, von massiven Kürzungen bedroht, statt deren chronischer Unterfinanzierung endlich mit kräftigeren Budgets unter die Arme zu greifen. Warum ging der kleine Ausschuss damals in die Öffentlichkeit? Die Verhandlungen mit der Kommission und dem Rat lagen beim Kultur- und Medienprogramm Creative Europe damals auf Eis. Man hatte sich frostig im Dezember getrennt und gesagt: Wir verhandeln erst weiter, wenn sich die Kommission bei einem dauerhaften Mitspracherecht des Parlaments über die gesamten sieben Jahre der Programmlaufzeit bewegt.

Erasmus+ 2021–2027

Das einzige dezidierte Bildungsprogramm der EU gehört eigentlich zu ihren Erfolgsprogrammen, den oft zitierten Flaggschiffen, und es wurde bis 2020 in seinem siebenjährigen Budget mit 15 Mrd. Euro ausgestattet. Die Kommission schlug 2018 für den neuen Programmzeitraum 2021–2027 vor, das Budget für dieses Programm zu verdoppeln. Das Parlament schlug die Verdreifachung des Budgets vor. Nach drei Trilogien zwischen dem Europäischen Rat unter finnischem Vorsitz, der Kommission und dem Parlament, deutete sich schon an, dass die Kommission noch unter den eigenen verdoppelten Budget-Ansatz gehen wird, und so stand es dann im Mai 2020 auch schwarz auf weiß: Es sollten noch weniger Mittel eingeplant als 2018 vorgeschlagen, nur 80 Prozent der 30 Mrd. Euro wurden in Aussicht gestellt. Das Programm erreichte bis 2020 nur 3,7 Prozent aller jungen Menschen in Europa. De facto sind damit alle Kürzungsvorschläge inakzeptabel, zumal das neue Programm sich stärker auf soziale Integration und auch auf Weiterbildung von Lehrkräften orientieren wird.

Creative Europe 2021–2027

Massimiliano Smeriglio (S&D, Sozialdemokraten), der Berichtserstatter für dieses Programm, erinnerte damals an den festgefahrenen Zustand der Verhandlungen und an den Vorschlag des Parlaments, das kleine Programm mit seinen 1,46 Mrd. Euro auf knapp 2,9 Mrd. Euro in den kommenden sieben Jahren auszustatten. 1,9 Mrd. Euro hatte die Kommission 2018 vorgeschlagen und wollte dann im Mai 2020 nur noch 400.000 Euro über die vorangegangenen 1,46 Mrd. ausgeben. Das war mitten in der ersten Corona-Welle, als viele Kreative komplett in den Lockdown und in soziale Sicherungen geschickt wurden, ein alarmierender Warnschuss, nicht nur die aktuellen Probleme in der Öffentlichkeit zu verhandeln. Das Programm selbst wurde strukturell so fortgeschrieben wie zuvor, doch erstmalig gab es u. a. mehr Projektmöglichkeiten für Medienfreiheitsprojekte und rundum einen inklusiveren und geschlechtergerechteren Zugang zu den begehrten Fördertöpfen, wofür ich mich mit meinen Kolleginnen und Kollegen massiv eingesetzt habe. Denn es ist keine caritative Maßnahme, wenn man schaut, wer Fördergelder beantragt und bekommt, es geht am Ende um Drehbücher und Geschichten, um Filme und Literatur, in denen wirklich Vielfalt zu Wort kommt.

Solidarity Corps 2021–2027

Nicht viel anders erging es dem Europäischen Freiwilligen Programm, dass für meinen Geschmack ohnehin Gefahr läuft, als verdeckte Niedriglohn-Beschäftigung missbraucht zu werden. Es soll 350.000 Jugendliche in den kommenden sieben Jahren erreichen. Mit gekürzten Budgets stehen solche Zielsetzungen wohl eher nur auf geduldigem Papier.

Fazit

Damals, im Februar 2020 verdichtete die Kultur-Ausschussvorsitzende Sabine Verheyen (Europäische Volkspartei, Konservative) noch einmal alle Einzelfragen und fragte den Europäischen Rat und die Kommission: „Warum gehen die Verhandlungen gerade nicht weiter?“ Sie fordert von den Mitgliedsstaaten eine klare Erklärung über die unklaren Budgetierung und im Raum stehenden Kürzungen. Der Kommission schrieb sie zu-

All diese Programme sind unterfinanziert, und vieles, was an europäischer Kultur- und Bildungspolitik eronnen wird und an Wertschätzung formuliert ist, verbleibt damit auf dem Niveau von Sonntagsreden.



gleich nochmals ins Stammbuch, dass es nicht sein kann, dass ein Kulturausschuss von neuen, aktualisierten Programmlinien aus der Zeitung erfährt und dies im Gesetzestext endlich vernünftig zu regeln ist, wie das Programm während der gesamten Laufzeit durch das Parlament kontrollierbar bleibt.

In der damaligen Pressekonferenz zum Stand der Dinge stand auch eine Frage, die viele Kulturprojekte und junge Menschen in den Mitgliedstaaten bewegte, im Raum. Immerhin war der studentische Austausch mit Großbritannien in der Beliebtheit an dritter Stelle bei der Nutzung des Erasmus+ Programms. Inzwischen wissen wir, dass Großbritannien sich leider aus den Programmen ausgeklinkt hat, was nicht nötig gewesen wäre, denn viele Drittstaaten haben dort Antragsrecht und nutzen die Fördermöglichkeiten gemeinsam mit Kolleginnen oder Projektpartnern aus EU-Mitgliedsländern.

Während der kroatischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2020 passierte dann eigentlich nichts. Corona-Krisenpolitik hatte die EU-Institutionen zunehmend im Griff. Und es lag dann an der Deutschen Ratspräsidentschaft, die Programme pünktlich bis zum 1.1.2021 final zu verhandeln. Im Oktober 2020 war es soweit. Wochenlang waren wir im Verhandlungs-

marathon, dies nicht nur bei den Kulturprogrammen, sondern bei den gesamten EU-Regionalförderungen, die wir seit Jahren auf unserer EU-Fördermittel-Plattform, der Homepage <https://www.eu-foerdermittel.eu>, aktualisiert kommentieren, auch als Hilfe und Unterstützung für erste Informationen für Projekte, egal ob im Kulturbereich, bei der Flüchtlingshilfe, bei Energieprojekten oder Forschung.

Eines haben die Kulturpolitikerinnen und -politiker des Europaparlaments erreicht. Sie starteten angesichts der Pandemie Resolutionen, die zum Beispiel forderten, dass 2 Prozent aller Corona-Hilfen in die Kultur gehen müssen, die sich mit der Bildungssituation und der Lage der Jugendlichen beschäftigte. Erstaunlicherweise bewegte sich letztlich die Kommission beim Budget auf das Parlament zu und für Creative Europe gibt es nun 2,2 Mrd. Euro, oder für Erasmus+ immerhin 26 Mrd. Euro. das ist jeweils einiges Mehr, was im Mai 2020 an Kürzungen angedroht wurde. Aber machen wir uns nichts vor: All diese Programme sind unterfinanziert und vieles, was an europäischer Kultur- und Bildungspolitik erdacht wird und an Wertschätzung formuliert ist, verbleibt damit auf dem Niveau von Sonntagsreden.



Creative
Europe



SOLIDARITY CITIES

Foto: kesiegr/Pixabay

In welchem Europa wollen wir leben?

Kunst und Kultur können einen großen Beitrag für die europäische Idee leisten. Von **Klaus Lederer**

Wir erleben in ganz Europa – mitten durch die nationalen Gesellschaften hindurch – eine zunehmende Spaltung zwischen gut ausgebildeten, akademisch geprägten und überwiegend urbanen Milieus, die sich ganz selbstverständlich zwischen den europäischen Metropolen bewegen und sich ein Leben mit spürbaren innereuropäischen Grenzen gar nicht mehr vorstellen können und wollen, auf der einen Seite. Und auf der anderen diejenigen, für die Europa vor allem ein knallharter Wettbewerb um Arbeit und Einkommen ist.

Wahlergebnisse in nahezu allen Ländern spiegeln Unsicherheiten und Sorgen der Menschen in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche und die Flucht in vermeintlich homogenere, geordnete Gemeinschaften der Vergangenheit wider. Deutlich wird dabei, dass die europäische Idee gemeinsamer Werte, von Solidarität und gegenseitiger Achtung nicht gefestigt ist. Der Rückzug auf den Nationalstaat nimmt jedoch in Kauf, was der

Nationalismus immer mit sich brachte: Xenophobie, Rassismus, Antisemitismus. Hass auf alles Andere, Aus-Grenzung im Wortsinne.

Bei aller notwendigen Kritik an den Institutionen der EU und ihrer bisherigen Politik: Nationale Rückwärtsgehandheit bietet keine Lösungen für aktuelle Probleme, sie verschlimmert die Konflikte nur noch.

„In welchem Europa wollen wir leben?“ ist eine brennende Frage, weil es alles andere als ausgemacht ist, wie das Zusammenleben auf unserem Kontinent in Zukunft aussehen soll. Soll es überhaupt ein wirkliches Zusammenleben, ein Miteinander sein oder geht es um ein Nebeneinanderher, einen Rückzug auf die jeweils eigene nationale Identität und nationalstaatliche Regulierung? Bleibt nur der „gemeinsame Wirtschaftsraum“?

Ich will auf einen Aspekt hinweisen, der in den Papieren der Institutionen nur eine untergeordnete Rolle spielt: die Kultur.

Sie fehlt nicht in erster Linie deshalb, weil die Kommission sich nicht dafür interessieren würde, sondern weil die Mitgliedsstaaten Kulturpolitik bisher im Wesentlichen für eine nationale Aufgabe halten.

Ausgerechnet Kultur! Ausgerechnet die Kulturförderung, die doch den fruchtbarsten Boden für den europäischen Austausch und Dialog bereiten könnte, für das Selbstverständnis der europäischen Gesellschaft. Natürlich ist die friedliche Vereinigung eines demokratischen Europa auch ganz wesentlich ein kulturpolitisches Projekt. Aber die fundamentale Rolle der Kultur für die europäische Einigung findet keinen Niederschlag in einer europäischen Kulturpolitik, die gemäß den EU-Verträgen nur „unterstützend und ergänzend“ zu den Mitgliedsstaaten tätig werden darf.

Das kulturpolitische Hauptprogramm der EU, „Creative Europe“, umfasste im letzten EU-Haushalt 0,14 Prozent. Davon entfielen nur knapp ein Drittel (31%) auf den Bereich der Kultur im engeren Sinne. Für das Programm sollen nun ab 2021 rund 800 Mio. Euro mehr als in der alten Förderperiode zur Verfügung stehen. Die Erhöhung auf rund 2,24 Mrd. Euro zur Unterstützung der Kultur- und Medienbranche ist ein erster richtiger Schritt. Bei öffentlichen Baumaßnahmen geben wir ca. ein Prozent der Baukosten für Kunst am Bau aus. Sollte es uns das gemeinsame europäische Haus nicht auch wert sein, zumindest ein Prozent des Budgets für die Förderung von Kunst und Kultur in Europa auszugeben?

Berlin ist Mitglied im europäischen Städtenetzwerk Eurocities, dem über 140 Kommunen angehören (darunter auch assoziierte Mitglieder aus Nicht-EU Staaten). In fünf Foren machen wir hier Lobbyarbeit gegenüber den Institutionen der EU. Das Forum Kultur (Culture Forum) wird aus unserer Sicht nicht nur zufällig stets als erstes genannt, hier erfolgt der Erfahrungsaustausch zu Fragen der Jugendkultur, zu kreativen Industrien, kultureller Bildung, zur Frage der Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern sowie der Finanzierung und Unterstützung von Kultur im Allgemeinen. Das Thema des Zugangs zu Kultur und Teilhabe für alle Bevölkerungsgruppen spielt eine zunehmend wichtigere Rolle.

Unter dem Dach der Eurocities hat sich auf Initiative Athens auch eine wachsende Zahl von Städten zum Netzwerk „Solidarity Cities“ zusammengeschlossen. Dieses Netzwerk, in dem Berlin zum Beispiel mit Leipzig, Zürich, Mailand, Amsterdam, Gdansk, Ljubljana und Barcelona zusammenwirkt, setzt sich für die Aufnahme und Integration von Geflüchteten ein und unterstützt sich gegenseitig dabei, dass diese Aufnahme und Integration gelingen.

Eurocities beteiligt sich aktiv an den Debatten um die Zukunft der EU. Im Rahmen von Bürgermeistertreffen werden auch die Fragen nach dem Umgang mit EU-Skeptizismus und Populismus debattiert und diskutiert, welche Möglichkeiten demokratischer Willensbildung und Legitimation sich für die EU durch die stärkere Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern ergeben. Wir finden uns hier gut wieder und sehen unser Mitwirken als unseren Beitrag, die Europäische Union „von unten“, ausgehend von den Aufgaben vor Ort neu und im Interesse der Menschen zu gestalten.

Die Idee eines geeinten, friedlichen, solidarischen und demokratischen Europa kann durch jede Form des kulturellen Austauschs nur gestärkt werden. Diesen Austausch zu befördern erscheint heute notwendiger denn je, denn der Weg zurück zum Nationalstaat ist eine Sackgasse. Wir wissen aber auch: Um so manches, was vor wenigen Jahren selbstverständlich schien wie Austausch, Dialog muss wieder offensiv geworben werden.

Kunst und Kultur leisten deshalb Widerstand gegen die Politik der Entsolidarisierung und Abschottung. Die Künstlerinnen und Künstler interessieren sich für nationale Grenzen nicht sonderlich, sie pflegen über Sprach- und Staatsgrenzen hinweg den produktiven Austausch miteinander, sie reisen ganz selbstverständlich zwischen den verschiedenen europäischen Metropolen. Arbeiten und leben miteinander. So beweisen Kulturschaffende in Riga und Paris, in Athen, St. Petersburg und in Barcelona Tag für Tag in ihrer Praxis, wie lebendig die europäische Idee ist.

Kommunen, Städte sind dafür die unverzichtbaren Partner. Hier findet Kunst und Kultur statt, hier wird sie in ihrer Vielfalt und Einmaligkeit erlebt.

Deshalb stärkt Berlin die Austauschprogramme, unterstützt den Austausch über Grenzen hinweg und lebt von seinen intensiven Beziehungen zu seinen zahlreichen Partnerstädten und geistig Verbündeten in Europa.

Berlin nimmt im Rahmen der urban agenda, an Partnerschaften unter dem Dach der Städteagenda der EU teil, u.a. an einem Partnerschaftsprojekt zur Integration von Geflüchteten mit Amsterdam, Barcelona und Helsinki und darin in der Arbeitsgruppe „Arts and Culture“. Es sind solche Kooperationen zwischen den „arrival cities“, den Metropolen, die Menschen mit der Hoffnung auf ein besseres Leben anziehen, die wir fortsetzen und vertiefen müssen. Seit November 2018 ist Berlin nach erfolgreicher Bewerbung auch Mitglied in der Partnerschaft Kulturelles Erbe und bringt sich in dem Bereich öffentliche Bibliotheken engagiert ein. Die Zusammenarbeit erfolgt aber nicht nur über den Erfahrungsaustausch, sondern zudem ganz konkret: So betreibt Berlin bspw. im Rahmen der Oderpartnerschaft einen aktiven Kulturaustausch mit den polnischen Nachbarinnen und Nachbarn, unterstützt das Kulturforum Berlin-Wrocław, beteiligt sich an der Gestaltung des Programms des Kulturzuges und fährt auch schon mal mit der Berliner Staatskapelle nach Wrocław.

Und natürlich müssen wir uns zu vielen weiteren Herausforderungen mit europäischen Städten austauschen, vor denen wir alle gleichermaßen stehen und die wir nur gemeinsam meistern. Die Organisation der öffentlichen Daseinsvorsorge – Stadtwerke, die Strom, Wasser und Wärme aus kommunaler Hand bieten –, den Aus- und Umbau des öffentlichen Nahverkehrs, das Wohnungsproblem, die Umweltqualität gehören dazu. Wir streiten für lebenswerte Städte. Von einem engen Dialog über Lösungsstrategien und best-practice-Beispiele können wir alle nur profitieren.

Klaus Lederer ist Bürgermeister sowie Senator für Kultur und Europa in Berlin.



Foto: picture alliance/dpa/Hanson Robotics

„Sophia Instantiation“, eine Gemeinschaftsarbeit des Künstlers Andrea Bonaceto, des Roboters Sophia und dem Team von Ingenieuren, Softwareentwicklern und Künstlern von Hanson Robotics.

Folgeschwere Ignoranz

EU-Strategien zur Künstlichen Intelligenz klammern bisher Bildung, Kultur und Medien aus.
 Von **Martina Michels** und **Konstanze Kriese**

2016 gewann die Erzählung „The Day A Computer Writes A Novel“ in einem Literaturwettbewerb in Japan eine Teilnahme an der nächsten Ausscheidungsrunde. Sie wurde von einem Programm geschrieben. Die Debatten, die sich daraus entwickelten, drehten sich jedoch weniger um die Aussagekraft der Produkte dieser Algorithmen, sondern darum, wer die Rechte an einer durch Künstliche Intelligenz entstandenen Kurzgeschichte hat. Kurz: Wer verdient damit demnächst Geld und

darf derartige Ergebnisse vermarkten? Ob das nun wirklich die entscheidenden Fragen sind, darum hat sich Politik bisher wenig gekümmert.

Erst 2014 wurde „Digitalisierung“ einer von zehn Schwerpunkten der EU-Kommission. Der Künstlichen Intelligenz (KI) widmet sich diese umfassend sogar erst seit 2019. Die grenzüberschreitende Digitalisierung soll leichter, sicherer und verbraucherfreundlicher werden und kleinen Firmen das

Wenn auch die Art, wie wir heute zum Teil schon lernen, kommunizieren und den demokratischen Dialog organisieren, wieder transparenten politischen Regeln unterworfen wird, hätten wir endlich einen Digitalisierungsansatz, der gesellschafts- und nicht allein industriepolitisch ist.

Überleben erleichtern, nicht nur in der Buchhaltung. Die Datenschutzgrundverordnung und die Harmonisierung des Urheberrechts sind sicher die bekanntesten Gesetzespakete, die seither entstanden sind. Letzteres ist noch nicht einmal in den Mitgliedstaaten umgesetzt. Die Ergebnisse der politischen Regulation vieler digitaler Entwicklungen, ob in der Industrie, im Gesundheitsbereich (elektronische Patientenakte), in der Innenpolitik (z. B. bei der Überwachung und Registrierung an den EU-Außengrenzen) oder in modernen Kommunikationsmedien sind jedoch oft nur Lösungen auf halben Wege, oder sie verletzen sogar menschenrechtliche Standards, wie Informationsfreiheit, Patient*innen-, Bürger*innenrechte oder auch Meinungs- und Kunstfreiheit. Der GAFAM-Komplex (Google, Amazon, Facebook, Apple und Microsoft) hat längst Wirklichkeiten geschaffen, an denen sich nationale Gesetzgebungen brechen und wo auch europäische Regelungen oft zu spät kommen. Und wenn die europäische Politik Regeln beschließen will, hat sie oft nur einen Teil der Industrie vor Augen und arbeitet sich zum Beispiel an Haftungsfragen für selbstfahrenden Autos ab, so wichtig das auch sein mag.

Doch wer haftet eigentlich dafür, wenn wir bei Google nur bestimmte Ergebnisse in der Suche finden, wenn Wahlen von Algorithmen beeinflussbar sind oder Wissenschaftsverlage mitbestimmen, was ich in Online-Katalogen einer Hochschulbibliothek aussuchen kann?

Problemstau bei Digitalisierung

Von den Medien kaum beachtet, verabschiedete der Kultur Ausschuss des Europaparlaments am 24. März 2021 einen Bericht zur Künstlichen Intelligenz in Bildung, Kultur und Medien. Mit den Pandemie-Erfahrungen im Gepäck, fällt vielen von uns sofort allerhand an Problemstau bei der Digitalisierung in der Bildung ein: kein flächendeckendes Breitband, fehlende soziale und technische Voraussetzungen in Schulen. Da reden wir noch nicht einmal von der Struktur von Lernsoftware, inwieweit sie zum Beispiel traditionelle Geschlechterstereotype reproduziert, über Datenschutz oder über die fehlenden IT-Kräfte in Bildungseinrichtungen, die, so es sie gibt, selten Frauen sind.

Geht es dann um Künstliche Intelligenz in Bildung, Kultur und Medien im engeren Sinne, ist der politische Nachholbedarf besonders groß.

Europaparlament als Vorreiter

Aus dem Europaparlament heraus wird nun erstmalig umfassend gefordert, dass gerade in den Medien, der Kultur und der Bildung eine Rechte-basierte und diskriminierungsfreie KI besonders wichtig ist. Algorithmen, die voller demokratischer Gefahren sind, gibt es schon länger. Umso erstaunlicher ist es, dass die EU-Kommission all diese Politikbereiche bisher so wenig beachtet. Die Kommission hat ihren politischen Handlungsbedarf ohnehin nur für sogenannte Hoch-Risiko-Bereiche definiert. Bildung, Kultur und Medien sucht man da vergebens. Warum aber sollte Wahlbeeinflussung, wie beim Brexit durch Cambridge Analytica, nicht umgehend geregelt oder sogar verboten werden? Gefahren gibt es genug: Fälschungen in der Informationslandschaft, sogenannte Deep fakes, nehmen in

den Medien zu. In der Bildung muss Künstliche Intelligenz erst recht mit Vorsicht – wenn überhaupt – eingesetzt werden, wollen wir diskriminierungsfrei und datensicher zu Werke gehen. Deshalb fordert der Kulturausschuss nun von der EU-Kommission, dass endlich geprüft werden soll, ob Kultur, Medien und Bildung nicht längst auch Hochrisikobereiche sind, die politisch reguliert werden müssten. Was hier sehr technisch klingt, käme einer politischen Revolution gleich, sollte diese Sichtweise politisch anerkannt werden. Wenn nicht nur die Art, wie wir uns morgen fortbewegen, sondern auch die Art, wie wir heute zum Teil schon lernen, kommunizieren und den demokratischen Dialog organisieren, wieder transparenten politischen Regeln unterworfen wird, hätten wir endlich einen Digitalisierungsansatz, der gesellschafts- und nicht allein industriepolitisch ist. Es wäre ein Ansatz, der ernst nimmt, dass es hier nicht nur um Technologien geht, die wir beherrschen müssen, sondern um die Beherrschung der demokratischen Infrastruktur unserer gesellschaftlichen und medialen Öffentlichkeit.

Wir haben einen Großteil der Forderungen, die im Kulturausschuss entwickelt wurden, unterstützt und mitgetragen. Martina Michels war Schattenberichterstatterin und hat u. a. auch auf einen europäischen Vorsprung verwiesen. Sprachsoftware ist im Kontinent der Übersetzungen (Fausto Bertinotti) weit entwickelt, doch es wird Zeit zu regulieren, wer sie wie nutzen kann. Gleichfalls werden wir nicht akzeptieren, dass große Plattformen größtenteils nicht für ihre Inhalte haften, nur weil sie sich auf ihren Dienstleistungsaspekt berufen und gegenüber dem Inhalt ihrer Nutzer*innen sich angeblich neutral verhalten würden. Real jedoch gruppieren die sozialen Medien, fressen unsere Daten, teilen und herrschen massiv mit, was und auch wie im Netz kommuniziert wird. Wir unterstützen außerdem auch nicht, dass Technologien, wie Upload-Filter, diese Haftungsfreiheit auf scheinbar neutralem, „technologischem“ Wege durch Filterung von unberechtigtem Inhalt wieder wettmachen sollen. Das ist nicht nur widersprüchlich. Es ist eine schnell hingeworfene Scheinlösung, mit der die massiven Probleme der Macht des GAFAM-Komplexes bleiben, mit der die Angriffe auf unsere Demokratien weitergehen und mit der unsere persönlichen Daten zum Füttern Künstlicher Intelligenz schutzlos bleiben.

Es geht um mehr als Werbeeinnahmen

Wenigstens haben diese wichtigen Debatten endlich auch in der Europäischen Politik begonnen. Wir müssen uns hier einmischen! Sonst laufen wir Gefahr, dass es bei vielen unverbindlichen Warnungen gegenüber einer unregulierten Medienlandschaft, besonders in den großen Plattformen, bleibt. Dabei geht es um viel mehr als nur um den Kampf um Werbeeinnahmen.

Ab jetzt sollten wir also die Forderung hochhalten, dass die EU-Kommission Bildung, Kultur und Medien als Hochrisiko-Bereiche anerkennt, wenn sie künstliche Intelligenz diskriminierungsfrei, Rechte-basiert und Verbraucher*innen schützend regulieren will. Warum soll ein selbstfahrendes Auto von politischem Interesse sein und ein Artikel, der von einem Bot verfasst wurde, nicht?



Foto: Christoph Soeder, picture alliance/dpa

Ausrüstung eines Kamerateams nach einem Übergriff in Berlin. Sieben Personen wurden von einer mehrköpfigen Personengruppe angegriffen, fünf wurden verletzt und vier mussten in ein Krankenhaus.

„Das ‚Feindbild Journalist‘ ist zur ideologischen Klammer geworden“

Lutz Kinkel über den Zustand der Pressefreiheit in der EU und Deutschland sowie die Möglichkeit für Journalist*innen, sich gegen Einschränkungen zu wehren

In der Statistik von Reporter ohne Grenzen kommt Europa in Sachen Presse- und Medienfreiheit insgesamt recht gut weg. Ist das auch Ihre Einschätzung?

Europa kommt gut weg, und auch zu recht. Die Spitzenreiter bei der Pressefreiheit sind in Europa zu finden. Das sind Norwegen, Finnland, Schweden, Niederlande, Dänemark zum Beispiel. Europa kommt aber auch nur deswegen so gut weg, weil es hier im Vergleich besser aussieht als auf anderen Kontinenten. Das heißt aber noch nicht, dass in Europa alles gut läuft. Und es heißt auch nicht, dass es keine bedenkliche Entwicklung gibt. Auch Reporter ohne Grenzen hat festgestellt, dass sich die Situation Jahr für Jahr verschlechtert hat in Europa.

Können Sie das an konkreten Beispielen festmachen?

Es gibt eine Reihe von Staaten, in denen sich die Pressefreiheit verschlechtert hat in den letzten Jahren und es gibt einen Staat, der uns besonders viel Sorgen macht – Ungarn. Eigentlich ein kleines Land, aber Viktor Orbán hat eine negative Vorbildfunktion für alle, die auf der Welle des Autoritarismus reiten. Beispielsweise versucht die polnische Regierung, das Modell Orbán zu imitieren. Der ungarische Staatschef hat die Medien im Land zu 80 Prozent unter Kontrolle. Das zeigt, wie weit man es treiben kann auch innerhalb der EU, ohne ernsthaft sanktioniert zu werden.

Woraus speist sich diese Entwicklung? Warum gerade in den letzten Jahren diese Verschärfung?

Es gibt vor allem in Osteuropa eine Wende in den Zehnerjahren hin zum Nationalismus, hin auch zum Rechtspopulismus. Diese Bewegungen rufen ein Feindbild aus, und dieses Feindbild heißt Journalist. Wenn diese Bewegungen an der Regierung sind, dann beginnen sie, die Demokratie zu demontieren. Die freie Presse ist ein Teil davon, weil auch die Presse zu den Checks and Balances gehört. Die ersten Opfer auf dem Weg sind immer die öffentlich-rechtlichen Medien. Das ist auch klar zu beobachten. Wir sehen zum Beispiel jetzt gerade aktuell den Transformationsprozess in Tschechien, wo die Regierung versucht, sich den öffentlich-rechtlichen Rundfunk untertan zu machen und in ein PR-Instrument zu verwandeln.

Wie funktioniert das praktisch? Sie sagen, 80 Prozent der Medien in Ungarn sind unter staatlicher Kontrolle. Das wird doch nicht so sein, dass die Regierung Orbán hingehet und sagt, so, jetzt setze ich einen Chefredakteur, eine Chefredakteurin ein, die dann die Staatslinie durchsetzt.

Doch, doch. Das läuft auch über die Personalauswahl. Der Einfluss auf die Bestellung von linientreuem Personal ist schon immens, insbesondere wenn es um die Besetzung von einflussreichen Stellen bei den Öffentlich-Rechtlichen geht. Da greifen solche Regierungen wie jene in Ungarn und in Polen auch direkt ein. In Ungarn haben Oligarchen, die der Regierung nahestehen, Medien aufgekauft und diese Medien dann eingespeist in eine sogenannte Mitteleuropäischen Presse- und



Foto: privat

Dr. Lutz Kinkel ist Geschäftsführer des Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit (engl. European Centre for Press and Media Freedom, ECPMF) in Leipzig. Mit ihm sprach **Uwe Sattler**.

Wir haben für das vergangene Jahr 2020 eine Rekordzahl an Angriffen auf Journalistinnen und Journalisten in Deutschland festgestellt. Das waren insgesamt 69 tätliche Angriffe. Und 71 Prozent davon haben in einem Umfeld stattgefunden, das wir pandemiebezogene Veranstaltungen nennen.

Medienstiftung, kurz Kesma. Und diese Stiftung ist regierungsnah und besetzt wichtige Posten mit Anhängern von Viktor Orbán. Da gibt es dann auch direkte Absprachen und Anweisungen aus der Regierung, was nun zu berichten ist und was nicht. Das ist empirisch für jeden nachvollziehbar, der sich das mal näher ansieht, wie einzelne Nachrichten über Orbán verbreitet werden. Da sieht man, dass die dann hundertfach in ähnlicher Form dargestellt werden in den verschiedensten Tageszeitungen, Radio- und Fernsehsendungen. Das hat damit zu tun, dass diese Medien alle tatsächlich unter demselben Dach operieren und unter Kontrolle der Regierung stehen.

In der Europäischen Union werden die Rechtsstaatlichkeitsverletzungen, die sowohl in Ungarn als auch in anderen Visegrad-Staaten stattfinden, mehr oder weniger stillschweigend geduldet. Ist dieser Effekt für Sie auch bei der Einschränkung der Presse- und Medienfreiheit zu erkennen?

Ganz eindeutig. Ungarn hätte natürlich nie so weit gehen dürfen, wie es schon gegangen ist. Wir haben jetzt glücklicherweise mit Věra Jourová eine sehr starke EU-Kommissarin, die sich leidenschaftlich für Presse- und Medienfreiheit einsetzt. Und wir werden jetzt sehen, wie weit das geht. Von der Kompetenzverteilung ist es immer noch so, dass die EU nicht in die nationalen Medienpolitik eingreifen kann, einfach weil sie dazu nicht autorisiert ist. Aber natürlich gibt es andere Mittel. Und diese anderen Mittel werden jetzt ausprobiert, wir haben quasi einen Testfall vor uns. Es gibt bekanntlich das Recovery-Instrument, „NextGenerationEU“, das 750 Milliarden Euro zur Verfügung stellt, um die Industrie nach Corona wieder auf die Beine zu bringen. Und damit ist auch die Medienindustrie gemeint. Die Regierungen in der EU reichen jetzt ihre Pläne ein und die Kommission prüft diese. Auch das Europaparlament wird diese Pläne sehen. Natürlich wird es so aussehen, dass einige Regierungen ihre eigenen Propagandaapparate damit füttern wollen, mit den Geldern, die eigentlich für unabhängige Medien gedacht sind. Wir werden dann nachvollziehen können, was dies an Protesten auf europäischer Seite auslöst und ob es eine Möglichkeit gibt, dieses Vorgehen einzuschränken oder komplett zu unterbinden. Die Ankündigungen sind gemacht, sowohl von der Kommission als auch vom Europäischen Parlament, genau das zu tun. Und ich hoffe, das wird auch eingehalten.

Würde das praktisch heißen, dass bestimmte Gelder dann zurückgehalten werden oder zurückgefordert werden, wenn es eklatante Verletzungen der Pressefreiheit gibt?

Ja, genau das. Es ist im europäischen Raum von der Konditionalität die Rede. Das heißt, dass Subventionen gebunden werden an die Beachtung von europäischen Werten. Ich finde das vollkommen richtig. Man tritt nur einem Klub bei und kann dessen Mitglied sein, wenn man mit der Hausordnung einverstanden ist. Und wenn man die Hausordnung verletzt, dann fliegt man eben raus. Das muss natürlich für die EU auch gelten. Ich glaube, dass diese Konditionalität tatsäch-

lich ein scharfes Schwert ist und dass man damit auch vorgehen kann.

Nun schauen alle intensiv auf die osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU. Andererseits gibt es selbst in den großen Kernstaaten, wie beispielsweise Frankreich, ebenfalls Einschränkungen, wenn sie auch anders, beispielsweise als Sicherheitsgesetz, „verkauft“ werden.

Wir haben natürlich eine Sondersituation durch die Pandemie. Und die Pandemie hat es mit sich gebracht, dass es in vielen Ländern Einschränkungen gibt bei der Pressefreiheit und auch beim Zugang zu Informationen. Besonders krass ist das in einigen Staaten, die die Pandemie bewusst genutzt haben, um Freiheitsrechte weiter abzubauen. Aber das ist natürlich auch ein Phänomen, das wir in allen anderen Staaten auch sehen. Sie sprachen gerade die Situation in Frankreich an. In Frankreich besonders dramatisch ist die Auseinandersetzung zwischen Journalisten und der Polizei. Dort soll es verboten werden, dass Medien Fotos veröffentlichen können von Polizeieinsätzen. Das geht natürlich überhaupt nicht. Wir haben 2019 das Instrument des Press Freedom Police Codex vorgelegt. Das war ein erster Vorstoß, gerade auch mit Blick auf Frankreich, weil wir sehen, dass dort die Pressefreiheit auch bei Demonstrationen und bei Auseinandersetzungen mit der Polizei zu Schaden kommt.

Sie haben das Stichwort Corona gegeben. Es gibt seit Jahren zunehmend verbale Angriffe auf Journalist*innen. In der Pandemie sind offensichtlich verstärkt körperliche Attacken, Zerstörungen von Ausrüstungen und ähnliches hinzugekommen. Ist das nur mein Eindruck?

Wir können das empirisch vollständig nachvollziehen. Wir machen jedes Jahr die Studie „Feindbild Journalist“, seit 2015. Und wir haben für das vergangene Jahr 2020 eine Rekordzahl an Angriffen auf Journalistinnen und Journalisten in Deutschland festgestellt. Das waren insgesamt 69 tätliche Angriffe. Und 71 Prozent davon haben in einem Umfeld stattgefunden, das wir pandemiebezogene Versammlungen nennen. Im Klartext: Das waren zumeist Demonstrationen der Querdenker. Was wir jetzt sehen, ist, dass dieses Feindbild Journalist, das eigentlich aus der Pegida-Bewegung heraus bekannt wurde, tatsächlich auch auf andere Milieus und Gruppen übergreifen hat, also außerhalb des rechten und rechtspopulistischen Kontextes eine ideologische Klammer bildet. Das macht es natürlich noch gefährlicher als bisher.

Ist das eigentlich eine Tendenz nur in Deutschland?

Das gilt auch für andere Länder. In anderen Ländern gibt es das zusätzliche Problem, dass dieses Feindbild angeheizt wird durch die politische Klasse. Also wenn sie die jüngsten Äußerungen lesen des slowenischen Ministerpräsidenten gegenüber einzelnen Journalisten, die er beschimpft und bedroht auf sozialen Medien, dann wird mir ehrlich gesagt ganz schwindlig, wenn ich daran denke, dass Slowenien jetzt die Ratspräsidentschaft übernehmen soll im zweiten Halbjahr 2021.



Foto: Ph. Lavieille, picture alliance/dpa/ MAXPPP

Kundgebung gegen das globale Sicherheitsgesetz vor dem Senat in Paris am 16. März 2021

Neue Angriffe auf die Pressefreiheit

In Frankreich wollen regierungsnahen Abgeordnete mit einem Gesetz Journalisten der Willkür aussetzen. Von **Ralf Klingsieck**

Die französischen Journalisten, unterstützt durch linke Oppositionsparteien und Organisationen, laufen Sturm gegen den Versuch, die Presse- und Meinungsfreiheit zu beschneiden, indem das Filmen von Polizisten in Aktion verhindert und unter Strafe gestellt wird. Der Entwurf eines Gesetzes über „Globale Sicherheit“, der von Abgeordneten der Bewegung En marche mit ausdrücklicher Zustimmung der Regierung in der Nationalversammlung eingebracht wurde, sieht vor, dass künftig „das Verbreiten von Fotos und Filmaufnahmen von Polizisten, Gendarmen oder Militärs im Einsatz mit dem Ziel, deren physische oder psychische Integrität anzugreifen, mit allen Mitteln verhindert wird“. Es droht eine Geldstrafe von bis zu 45.000 Euro.

Die Gesetzesinitiative entspricht nahezu wortwörtlich einem Versprechen von Innenminister Gérard Darmanin gegenüber den fast durchweg rechten bis rechtsextremen Polizeigewerkschaften, die sich wegen der immer breiteren Empörung in der Bevölkerung über unangemessene Polizeigewalt in die Enge gedrängt fühlen und von ihrem Dienstherrn fordern, sie vor solchen Vorwürfen zu schützen. Dabei sind die Ordnungskräfte bereits jetzt durch das Strafgesetzbuch und das wiederholt ergänzte und aktualisierte Pressegesetz von 1881 vor Verleumdungen geschützt. Darunter fällt der Aufruf zu Gewalt und anderen Straftaten gegen Polizisten und beispielsweise auch Mobbing in den sozialen Netzwerken. Zur Begründung des Gesetzentwurfs wurde auf Fälle verwiesen, in denen Polizeibeamte durch Fotos oder Filme im Internet identifiziert sowie mit ihrem Namen und der Adresse gewissermaßen „an den Pranger gestellt“ und so de facto bedroht wurden.

„Der Schutz der Ordnungskräfte ist ein legitimes Anliegen in einer demokratischen Gesellschaft“, stellt die französische Liga für Menschenrechte in einer gemeinsam mit mehreren Journalisten-Verbänden und -Gewerkschaften veröffentlichten Erklärung fest. Doch die dafür nötigen Gesetze gebe es bereits und sie seien ausreichend, müssten allerdings mit dem nötigen Einsatz und konsequent angewendet werden. „Einen neuen

Straftatbestand zu schaffen, wie es der Gesetzentwurf vorsieht, würde die Rechte der Journalisten und die Pressefreiheit in einem Maße einschränken, das in keinem Verhältnis zu den möglichen Gefährdungen steht“, heißt es in der Erklärung. Der Gesetzentwurf sei so formuliert und auslegbar, dass man künftig willkürlich jeden Journalisten in seiner Arbeit behindern oder gar verhaften und vor Gericht bringen könnte, einzig unter dem Verdacht, er habe eine Aktion der Polizei fotografiert oder gefilmt, um sie danach im Internet zu verleumden. Auch wenn die Richter solche Unterstellungen zurückweisen, wäre nicht mehr rückgängig zu machen, dass der Meinungsfreiheit geschadet wurde. „Der Gesetzestext soll ganz offensichtlich die Aufdeckung von Fällen ungerechtfertigter und damit strafwürdiger Gewalt durch Polizisten behindern oder ganz unmöglich machen“, heißt es weiter in der Erklärung der Menschenrechtsliga. Viele Fälle von Polizeigewalt, wie sie in den vergangenen Monaten durch die Medien gingen und zu zahlreichen Untersuchungen und Bestrafungen von Polizisten geführt haben, wären mit einem solchen Sicherheitsgesetz wohl nie aufgedeckt worden.

Die Regierung versucht zu beschwichtigen und versichert, man wolle keinesfalls das Fotografieren und Filmen von Polizisten - abgesehen von Sonderaktionen zur Terrorbekämpfung - verhindern. Das geplante Gesetz käme nur im Nachhinein zur Anwendung und wenn nachweislich böse Absicht vorliegt. Die Besorgnis der Journalisten kann das nicht zerstreuen. „Der Text ist absichtlich so schwammig formuliert, damit man ihn beliebig auslegen kann“, meint ein Journalist. „Nachhaltig gefährdet sind die vielen unabhängigen Journalisten, die vor allem Demonstrationen verfolgen, wie die der Gelben Westen, und die Polizeigewalt nur zu oft auch schon am eigenen Leib zu spüren bekamen.“

Ralf Klingsieck arbeitet als Journalist in Paris u.a. für „nd.DerTag“ und „nd.DieWoche“

Viele Fälle von Polizeigewalt, wie sie in den vergangenen Monaten durch die Medien gingen und zu zahlreichen Untersuchungen und Bestrafungen von Polizisten geführt haben, wären mit einem solchen Sicherheitsgesetz wohl nie aufgedeckt worden.

DIE VOLLE PACKUNG HINTERGRUNDWISSEN

EU Fördermittelportal

Ständig aktualisiert erfahrt ihr hier das Wichtigste zu laufenden Förderprogrammen u. a. für Kultur, Umwelt- oder Integrationsprojekte

www.eu-foerdermittel.eu



Studie zur Frage, was kommt von der EU-Corona-Förderung in Kommunen an?

Sie ist deutsch, englisch, französisch und spanisch nachlesbar.

www.guengl.eu/issues/publications/

one-year-into-the-pandemic-how-does-the-eu-help-municipalities-to-cope/



in Arbeit:

Kulturproduzenten befragt - eine Skizze nach über einem Jahr Corona - wir organisieren dazu gern Veranstaltungen

Blog zur Umsetzung der EU-Urheberrechtsrichtlinie in den Mitgliedsstaaten,

alles, was sie schon immer über Uploadfilter, Leistungsschutzrecht, Ausnahmen in Kultur, Bildung, Wissenschaft wissen und Creative Commons wissen wollten.

www.eu-copyright-implementation.info



auch auf www.dielinke-europa.eu